

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitbestimmung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern

Der Landtag unterstützt die Forderungen von Schülerinnen/Schülern, Studierenden, Auszubildenden und Lehrenden für eine Verbesserung der aktuellen Situation an den Schulen und Hochschulen des Landes und für mehr Mitbestimmung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine verpflichtende Beteiligung der Landesschülervertretungen bei Schulreformen sowie der Studierendenvertretungen wie der Lehrenden bei Hochschulreformen sicherzustellen;
2. die stärkere Autonomie an Universitäten, Fachhochschulen und Schulen mit verbesserten Mitbestimmungsmöglichkeiten, beispielsweise bei den Lehrinhalten, für Schülerinnen/Schüler und Studierende zu verbinden;
3. Möglichkeiten für eine positive Anrechnung ehrenamtlichen Engagements von Schülerinnen/Schülern und Studierenden innerhalb und außerhalb der Bildungsinstitutionen zu prüfen und damit Anreize zu schaffen, sich trotz steigendem Prüfungs- und Lernstresses für ein gutes Bildungssystem zu engagieren. Hierzu gehört eine ausreichend finanzielle Ausstattung von Allgemeinen Studierendenvertretungen und Schülervertretungen.

Begründung:

Gute Bildung wächst von unten, deshalb muss mehr Autonomie für Universitäten und Hochschulen zentraler Bestandteil der Bildungspolitik in den kommenden Jahren sein. Demokratie lebt von Beteiligung, deshalb muss die Mitbestimmung im Bildungssystem gestärkt werden. Schülerinnen/Schüler und Studierende brauchen mehr Entscheidungskompetenzen und angemessene Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement.

Die Situation in den Schulen und Hochschulen des Landes ist verbesserungswürdig. Die Studierenden und Schülerinnen/Schüler leiden unter Klausurendruck und Prüfungsstress. Schlecht ausgestattete Schulen und Universitäten, sowie die Einschränkung der Wahlfreiheit führen darüber

hinaus zu berechtigtem Frust bei Schülerinnen/Schülern, Studierenden und Lehrenden. Beteiligung bedeutet, dass die handelnden Akteure durch ihre Praxiserfahrung Verantwortung übernehmen. Von dieser Praxiserfahrung profitiert die Landespolitik.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich